

Der Grosse Rat des Kantons Bern

Dienstag (Abend), 29. November 2016

Polizei- und Militärdirektion

**61 2016.RRGR.627 Motion 133-2016 Iannino Gerber (Hinterkappelen, Grüne)
Schwimm- und Velofahrkurse für Asylsuchende**

Vorstoss-Nr.: 133-2016
 Vorstossart: Motion
 Eingereicht am: 08.06.2016
 Eingereicht von: Iannino Gerber (Hinterkappelen, Grüne)
 (Sprecher/in)
 Weitere Unterschriften: 11
 RRB-Nr.: 1076/2016 vom 21. September 2016 21.09.2016
 Direktion: Polizei- und Militärdirektion

Schwimm- und Velofahrkurse für Asylsuchende

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. ein unentgeltliches, zielgruppengerechtes Angebot an Schwimm- und Velofahrkursen für alle Asylsuchenden zu gewähren.
2. Für asylsuchende Frauen sollen spezielle Schwimmkurse angeboten werden.
3. Die Angebote sind in Kollektivunterkünften und anderen Stellen mit weitreichendem Kontaktnetz bekanntzumachen.
4. Zielgruppengerechte Informationen über die Gefahren des Flussschwimmens sollen allen zugänglich sein. Es empfiehlt sich dafür die Zusammenarbeit mit der SLRG.

Begründung:

Sport, insbesondere der Besuch der Bäder im Sommer, ist ein wichtiger Aspekt des Lebens in unserer Gesellschaft. Diese Möglichkeiten sollten allen Menschen offenstehen, denn der Besuch von Sportanlagen ist eine Form der aktiven gesellschaftlichen Teilhabe.

Für die Gesundheit ist ein gesundes Fortbewegungsmittel wie das Velo sehr sinnvoll, deshalb sollen auch Velofahrkurse angeboten werden.

Es sollen zielgruppenspezifische Kurse angeboten werden, z. B. spezielle Schwimmkurseangebote für Frauen (wie beispielsweise die Frauenschwimmkurse im Kleefeld in Bern).

Die Angebote sollen für Asylsuchende unentgeltlich sein. Sie sind sinnvoll für alle, die nicht die Gelegenheit hatten, Schwimmen oder Velofahren zu lernen, und eine wichtige Massnahme zur Unfallverhütung sowohl auf Strassen als auch im Wasser.

Antwort des Regierungsrats

Zu den Ziffern 1 und 2

Der Regierungsrat stellt sich auf den Standpunkt, dass es in der Kompetenz der vom zuständigen Amt für Migration und Personenstand (MIP) beauftragten Asylsozialhilfestellen (ASH) liegt, Schwimm- und Velokurse für Asylsuchende als Tagesbeschäftigung anzubieten. Der Kanton vergütet den ASH eine Tagesglobalpauschale pro Person. Davon ist die Unterbringung, Betreuung und die Auszahlung von Sozialhilfe zu gewährleisten. Auf Initiative der ASH bzw. deren Mitarbeitenden können Beschäftigungsmöglichkeiten organisiert werden, allenfalls auch mit Hilfe der entsprechenden Interessensgemeinschaften. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es in der unternehmerischen Freiheit der ASH liegt, festzulegen, ob und wenn ja, für welche Personen oder Personengruppen derartige Kurse angeboten werden können.

Hinsichtlich der Sicherheit von Asylsuchenden im Strassenverkehr ist zu erwähnen, dass seit August 2015 die Kantonspolizei in Zusammenarbeit mit dem Migrationsdienst in rund 30 Zentren ein Präventionsmodul «zusammen sicher im Kanton Bern» durchgeführt hat, das auch die Sicherheit im Strassenverkehr zum Thema hatte. Auf Anfrage und bei ausreichenden Ressourcen wurden zudem Schulungen ausschliesslich zur Fahrradpraxis durchgeführt.

Sobald Kinder und jugendliche Asylsuchende im Kanton Bern eine Schule besuchen, greift der flächendeckend durchgeführte Verkehrsunterricht durch speziell ausgebildete Verkehrsinstruktorinnen und Instrukturen der Kantonspolizei. Zurzeit erarbeitet die Verkehrsprävention der Kantonspolizei das Modul «Zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs» mit dem Ziel, Verantwortliche zu schulen, so dass bspw. in den Zentren die Ausbildung in Zukunft selbstständig durchgeführt werden kann. Die Spezialisten der Verkehrsprävention kommen dann nur noch im Rahmen eines abschliessenden, praktischen Teils zum Einsatz.

Im Weiteren bietet Pro Velo Velofahrkurse an. Diese vermitteln beim Üben auf geschütztem Terrain, auf verkehrsarmen Strassen oder im Stadtverkehr wichtige Grundlagen zum sicheren Rad fahren.

Der Regierungsrat lehnt die Ziffern 1 und 2 der Motion ab.

Zu Ziffer 3

Gemäss den Ausführungen in Ziffer 1 und 2 ist den Leitungs- und Betreuungspersonen der ASH bekannt, dass sie auf eigene Initiative Kurse anbieten können. Der Regierungsrat sieht keinen Handlungsbedarf und lehnt die Motion in diesem Punkt ab.

Zu Ziffer 4

Zu den allgemeinen Bade- und Flussregeln hat die Schweizerische Lebensrettungs-Gesellschaft (SLRG) Merkblätter erstellt. Im Rahmen einer Präventionskampagne hat die SLRG zusammen mit der Abteilung transkulturelle Kompetenz des Schweizerischen Roten Kreuzes im Jahr 2015 die Merkblätter in weitere Sprachen (Englisch, Arabisch, Portugiesisch, Serbokroatisch, Somalisch, Tamilisch, Tigrinya und Farsi) übersetzt, damit auch Asylsuchende, Ausländerinnen und Ausländer an diese wichtigen Informationen gelangen können. Diese sind auf der Website der SLRG abruf- und beziehbar

(<https://www.slr.ch/de/praevention/wassersicherheit-fuer-fremdsprachige.html>).

Diese Informationen wurden den Asylzentren bereits zur Verfügung gestellt.

Das MIP als gegenüber ihren beauftragten ASH weisungsbefugte Behörde wird diese anweisen, die Asylsuchenden über die Gefahren des Flussschwimmens zu informieren. Der Regierungsrat nimmt die Motion in diesem Punkt an und schreibt sie infolge Erfüllung ab.

Der Regierungsrat beantragt:

Punktweise beschlossen

Ziffer 1: Ablehnung

Ziffer 2: Ablehnung

Ziffer 3: Ablehnung

Ziffer 4: Annahme und gleichzeitige Abschreibung

Präsident. (*Der Präsident läutet die Glocke.*) Wir kommen zu Traktandum 61, der Motion von Grossrätin Iannino. Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Ruhe! Momentan ist es sehr unruhig. Bitte führen Sie Ihre Gespräche draussen weiter, danke! Der Regierungsrat lehnt die Ziffern 1–3 ab und ist zur Annahme mit gleichzeitiger Abschreibung von Ziffer 4 bereit. Somit führen wir eine freie Debatte. Das Wort hat die Motionärin.

Maria Esther Iannino Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Ich wohne unmittelbar an der Aare respektive am Wohlensee. Obwohl es ein sehr schöner Ort ist und im Sommer sehr viele Menschen in der Aare baden, ist mir persönlich die Lust vergangen. Vor einigen Jahren starben zwei Asylsuchende in der Aare, weil Sie die Aare unterschätzt hatten und vermutlich keine guten Schwimmer waren. Es sieht so einfach und lustig aus, wenn junge Menschen vom Stägmattsteg in die Aare springen. Zudem gibt es noch viele andere schöne Brücken, welche zum Sprung in die Aare animieren. Diese Sprünge wirken unbedarft und ungefährlich. Sie sind jedoch trügerisch, und jedes Menschenleben, welches so verloren geht, ist eines zu viel. Eigentlich habe ich mir gedacht, mein Vorstoss sei nicht schwierig zu verstehen. Beim Lesen der Antwort des Regierungsrats habe ich aber den Eindruck gewonnen, dass er mich nicht verstanden hat oder einfach nicht hat verstehen wollen. In meiner Motion forderte ich den Regierungsrat auf, erstens ein unentgeltliches, zielgruppengerechtes Angebot an Schwimm- und Velofahrkursen für alle Asylsuchenden zu gewähren. Zweitens sollen für asylsuchende Frauen spezielle Schwimmkurse angeboten werden und drittens seien die-

se Angebote von den Kollektivunterkünften und anderen Stellen mit weitreichendem Kontaktnetz bekannt zu machen.

Letzte Woche haben wir in der Diskussion gehört, dass der Regierungsrat gemäss Gesamtstrategie im Asylbereich von Beginn weg das Ziel der Integration setzt. Der Kanton Bern soll eine nachhaltige, sprachliche, soziale und berufliche Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannten Flüchtlingen mit geeigneten Massnahmen unterstützen. Meine Frage lautet: Weshalb soll bis zum Jahr 2019 zugewartet werden? Sport und eine gute Gesundheit bilden einen wichtigen Aspekt des Lebens in unserer Gesellschaft. Dadurch werden längerfristig die Gesundheitskosten entlastet. Die Möglichkeit, sich an sportlichen Aktivitäten zu beteiligen, sollte allen Menschen offen stehen. Denn der Besuch von Sportanlagen oder von öffentlichen Bädern ist eine Form der aktiven gesellschaftlichen Teilhabe. Ebenfalls gesund ist das Fortbewegungsmittel Velo. Deshalb sollten nebst Schwimmkursen auch Velokurse besucht werden können. Viele der Asylsuchenden und Flüchtlinge können oft weder schwimmen noch Velo fahren. Bei den Schwimmkursen sollten speziell Frauen Möglichkeiten offen stehen, unter sich schwimmen zu lernen.

Mit meinem Vorstoss geht es mir nicht darum, dass der Kanton Angebote zur Verfügung stellen soll. Denn ich weiss es selber: Es bestehen genügend Angebote. So ist den meisten bekannt, dass Pro Velo Velokurse anbietet und vielerorts Schwimmkurse von verschiedenen privaten oder gemeinnützigen Trägern angeboten werden. Mit diesem Vorstoss geht es mir primär um eine finanzielle Unterstützung dieser Aktivitäten. Die Asylsozialhilfestellen erhalten für die Betreuung eine Tagesglobalpauschale pro Person. Diese reicht jedoch nicht aus, um Velo- oder Schwimmkurse anzubieten. So hat in meiner Gemeinde die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Wohlen während den Sommerferien Velokurse finanziert. Dies ist sehr vorbildlich und der Kirchgemeinde Wohlen gebührt grosser Dank. Es stimmt, private und kirchliche Initiativen können Velo- oder Schwimmkurse finanzieren. Damit erhalten leider nicht alle Asylsuchenden und Flüchtlinge die gleichen Möglichkeiten, entsprechende Angebote zu besuchen.

Schliesslich möchte ich noch einmal ein Beispiel eines Vorfalls bringen, der sich ebenfalls am Wohlensee zugetragen hat. Ein asylsuchender Vater musste mit eigenen Augen zusehen, wie sein dreijähriger Sohn im See ertrank. Er selber war nicht in der Lage, ins Wasser zu springen, um ihn zu retten, weil er nicht schwimmen konnte. Deshalb sollte jeder Flüchtling die gleichen Chancen erhalten, sich gesellschaftlich zu integrieren. Wenn ich beim Regierungsrat kein Gehör gefunden habe, bitte ich Sie, Grossratskolleginnen und -kollegen, meine gesundheitlich wichtige und lebensrettende Motion in den Punkten 1–3 zu unterstützen und den Kanton aufzufordern, die finanziellen Mittel für Velo- und Schwimmkurse zur Verfügung zu stellen.

Präsident. Es sind Gäste von Grossrätin Regina Fuhrer anwesend und zwar Mitglieder der SP-Sektion Obere Gürbe. Herzlich willkommen bei uns und einen schönen Abend! (*Applaus*) Für die FDP-Fraktion hat Grossrat Klopfenstein das Wort.

Hubert Klopfenstein, Zweisimmen (FDP). Frau Iannino, Sie haben leider auch bei der FDP kein Gehör gefunden. Welch Wunder, die FDP hat natürlich auch Mühe mit dieser Turbo-Integrationsvorlage – anders kann ich diese nicht bezeichnen –, und ich warne davor, mit immer zusätzlichen Leistungen im Asylbereich zu provozieren. Die Antwort der Regierung ist absolut richtig. Die von Ihnen verlangten Kurse müssen durch die Pauschale abgegolten sein. Mehr Mittel kann es nicht geben. Ein Sondersetting wie Schwimmunterricht und Fahrradunterricht steht quer in der Landschaft! Auch wenn es vielleicht hart ist, frage ich: Wo ziehen wir denn die Grenzen? Was kommt als Nächstes bei der sogenannten Integration? Ich wohne im Simmental. Demnächst schneit es. Wir haben Asylbewerber und ein Durchgangszentrum. Soll man denn zur besseren Integration Skiunterricht anbieten und Gstaader oder Lenker Skilehrer mit Paragliding beauftragen? Meine Damen und Herren, es muss Grenzen geben, obwohl das Thema hart ist. Es gibt Asylbewerber, die schwimmen können. Diese können sich in der Nähe von Gewässern aufhalten. Jene, welche nicht über diese Sicherheit verfügen, sollten sich sinnvollerweise ein Stück weit fernhalten, unter dem Motto «Wer die Hitze nicht verträgt, hat sich nicht in der Küche aufzuhalten!». Damit will ich nur sagen, dass wir nicht zu weit gehen sollten mit den Integrationsbemühungen. Diese können provozierend wirken. Wir haben eine Abgeltung vom Bund, welche ausreichen muss. Kommen Sie nicht mit Sondersettings! Diese kommen bei der Bevölkerung sehr schlecht an. Sie haben es gehört oder jene, welche es noch nicht bemerkt haben, hören es jetzt: Die FDP kann diesen Vorstoss nicht unterstützen.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Die glp erachtet die Antwort auf diesen Vorstoss als richtig und die Beantwortung ist auch plausibel. Zum ersten Punkt: Was heisst zielgruppengerecht? Hier soll das Amt für Migration und Personenstand (MIP) mit der Asylsozialhilfe entscheiden, wer wo wann einen Kurs besuchen kann und wie die Ausschreibung erfolgen soll. Zu Punkt 2: Weshalb muss es gratis sein? Der Kanton bürdet sich damit einfach neue Kosten auf und dahinter steht die glp natürlich ebenfalls nicht. Was den Punkt 3 anbelangt, so habe ich eigentlich im Zusammenhang mit Punkt 2 alles gesagt. Das Asylsozialhilfezentrum (ASH) informiert über Kurse und eben nicht der Kanton.

Zu Punkt 4: Es bestehen Merkblätter, welche in Kooperation mit der Schweizerischen Lebensrettungs-Gesellschaft (SLRG) und dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) sinnvoll und in etlichen Sprachen ausgearbeitet wurden. Wir finden, dies reiche aus. Maria Iannino, was du erwähnt hast, ist übel. Es ist übel, hast du die beiden Todesfälle erwähnen müssen. Diese sind wirklich übel und absolut unnötig. Aber: Das beste Beispiel hat sich diesen Sommer im Marzili in Bern ereignet. Dort informierte ein Asylsuchender seine Landsleute laufend über die Gefahren des Flussschwimmens. Dies finden wir sinnvoll und zielgerichtet. Genauso sollte es laufen. Integration bedeutet für die glp zu lernen und zu verstehen, wie es bei uns läuft. Bei uns – dies wissen wir hier alle – ist sehr vieles auf Eigeninitiative aufgebaut. Dabei ist es wichtig, dass der Kanton nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe handelt. Dies bedeutet also, dass Menschen, welche in der Schweiz ankommen, sich orientieren sollen, wie es hier läuft. Der Staat hilft entsprechend dabei, jedoch ohne alles bis zum Geht-nicht-mehr zu organisieren. Die Selbstverantwortung soll vermehrt im Zentrum stehen. Dies scheint uns äusserst wichtig. Die glp lehnt deshalb die Punkte 1–3 ab. Punkt 4 nehmen wir mit gleichzeitiger Abschreibung an. Sollte die Abschreibung bestritten werden, sind wir bereit, Punkt 4 gleich von Beginn an abzulehnen.

Daniel Schwaar, Wileroltigen (BDP). Ich möchte mich im Namen der BDP kurzhalten. Grossrätin Iannino verlangt in ihrer Motion kostenlose Schwimm- und Fahrradlernkurse für alle Asylsuchenden, insbesondere zielgerichtet für asylsuchende Frauen. Wenn man die Begründungen liest, sieht man, dass wesentliche Feststellungen aufgeführt sind und kaum effektive Begründungen, welche die Forderungen aus unserer Sicht rechtfertigen würden. Ich nehme ein Beispiel: Die Motionärin sagt, dass insbesondere der Besuch der Bäder im Sommer ein wichtiger Aspekt des Lebens sei und allen Menschen offen stehen sollte. Diese Feststellung würde eigentlich besser zu einer Motion «Freier Eintritt in Berner Bäder für Asylsuchende» passen. Jeder Mann und jede Frau kann im Kanton Bern ein Schwimmbad besuchen, mit oder ohne Schwimmkurs, mit oder ohne Velofahrkurs. Es bestehen keinerlei Ausschlusskriterien. Das Gute an dieser Motion ist der Informationsgehalt der Antwort des Regierungsrats. In dieser wird ausgeführt, wer für ein solches Angebot mit welchen finanziellen Mitteln zuständig ist und welche Marketingkooperationen bezüglich der Informationen über das Flussschwimmen bestehen. Wir danken dem Regierungsrat für dessen Antwort. Diese ist aus unserer Sicht präzise, begründet und bedarf keiner weiteren Ausführungen. Die BDP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrats in allen Punkten.

Hasim Sancar, Bern (Grüne). Wir wissen, wie wichtig Bewegung und Sport für die Gesundheit sind. Wenn im Gesundheitswesen in die Prävention investiert wird, sinken die Krankheitskosten. Abgesehen von diesem wirtschaftlichen Effekt kann Schwimmen Leben retten. Unabhängig davon, ob Asylsuchende in der Schweiz bleiben können oder nicht, wird ihnen Schwimmen oder Velofahren zu können, lebenslang nützlich sein, wo immer sie dann auch sein werden. Mit kleinen Beiträgen können wir so eine grosse Wirkung erzielen. Diese beiden Angebote wären auch geeignete Beschäftigungsprogramme für die Asylsuchenden, weil sie in den Asylunterkünften sonst oft über Tage zum Nichtstun verurteilt sind. Natürlich können Asylsozialhilfestellen diese Angebote von sich aus organisieren. Dies tun sie wahrscheinlich für verschiedene Unterkünfte, soweit dies möglich ist und das Personal ausreicht, um gemeinsame Aktivitäten für die Bewohnerinnen und Bewohner zu organisieren. Es wäre aber wichtig und richtig, wenn der Kanton diese Angebote gezielt fördern würde. Ich denke nicht, dass ein Engagement grosse Kosten verursachen würde. Denn wie wir wissen, ist auch im Kanton Bern die Bereitschaft der lokalen Bevölkerung gross, Freiwilligenarbeit für solche Aktivitäten zu leisten. Wenn der Kanton entsprechende Angebote mit dem nötigen Gewicht unterstützt und die Asylsozialhilfestellen auf die Wichtigkeit dieser Anliegen hinweist, wäre dies nicht nur der Betreuung dienlich, sondern beispielsweise auch einer Anerkennung der Freiwilligenarbeit. Wir bitten Sie, diese Motion zu unterstützen. Mit der Abschreibung von Punkt 4 wären wir einverstanden.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). Die EDU-Fraktion stimmt dieser Motion in Ziffer 4 zu und schreibt diese zugleich ab. Die Ziffern 1–3 lehnen wir ab. Weshalb? In der Antwort des Regierungsrats lesen wir, dass die beauftragten Asylsozialhilfestellen Schwimm- und Velokurse anbieten können. Weil der Kanton die Leistungen ohnehin bereits über eine Tagespauschale bezahlt, ist es unnötig, dass seitens des Kantons zusätzliche Angebote eingeführt werden. Die EDU-Fraktion wird wie vom Regierungsrat beantragt abstimmen.

Etienne Klopfenstein, Corgémont (SVP). La motionnaire propose, par son intervention, l'organisation de cours de vélo et de natation pour les requérants d'asile. Dans notre société, la sécurité est une valeur importante qui doit être bien dispensée. Dans sa réponse, le Conseil-exécutif rappelle que les points relevés par la motionnaire sont déjà en vigueur. Les requérants d'asile ont déjà la possibilité de suivre des cours organisés par les services d'aide sociale en matière d'asile. Il est également demandé d'offrir des informations concernant les dangers de la nage en rivière. Les requérants d'asile ont déjà à leur disposition une brochure traduite en dix langues de la Société Suisse de Sauvetage. Ici aussi, les conditions sont remplies. Sur le point 2, le Conseil-exécutif passe un peu en silence. Il est demandé de mettre sur pied des cours de natation adaptés aux femmes. Dans notre pays, les piscines publiques sont mixtes et il n'est pas nécessaire de faire des exceptions, ce qui est contraire à nos coutumes. Le groupe UDC est d'accord avec la proposition du Conseil-exécutif: points 1 à 3 refusés, point 4 adoption et classement.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Die EVP-Fraktion unterstützt das Anliegen grundsätzlich, wonach unsere Asylsuchenden Schwimmen und Velofahren lernen sollten. Wir haben aber den Eindruck, dass es nicht sinnvoll ist, dies zu einer Staatsaufgabe zu erklären und zwar aus folgendem Grund: Wir haben für die Integrationsbemühungen der Asylsuchenden einen finanziellen Topf. Dieser würde mit einem Ja zu dieser Motion nicht grösser. Demzufolge müssten wir die vorhandenen Mittel mit einer Aufgabe mehr teilen, sodass entsprechend weniger Gelder für den Sprachunterricht und die kulturelle Integration zur Verfügung stünden. Deshalb macht es keinen Sinn, zuzustimmen. Es ist eine sehr wichtige Aufgabe, im Freiwilligenbereich genau solche Unterstützung anzubieten. Mein jüngerer Sohn hat mit Asylsuchenden oft solche Aktivitäten unternommen, sei es Schwimmen, Fussballspielen oder andere sportliche Tätigkeiten. Dies hat den grossen Vorteil, dass die entsprechenden Personen nicht nur das Schwimmen lernen, sondern zugleich einen Freund gewinnen. Dies ist in den Integrationsbemühungen sehr, sehr wichtig. Die Kontakte sollen an diesen Anknüpfungspunkten gesucht und von diesen ausgegangen werden. Ich bin auch sehr dankbar, dass gerade die Landeskirchen in diesem Bereich sehr viele Angebote machen, Unterstützung und Kurse anbieten, mitgehen und mithelfen. Dort gilt es anzuknüpfen. Wie Sie hören, haben wir grosses Verständnis für die Sache, sagen aber nein zu diesem Vorstoss.

Meret Schindler, Bern (SP). Es ist interessant, dass die Antwort der Regierung zuerst so klingt, als spräche sie sich für Annahme und Abschreibung aus, danach aber die Ziffern 1–3 ablehnt. Ich nehme an, dies liegt an der neuen Regierungszusammensetzung, weshalb die Verwaltung mit einem anderen Resultat rechnet. Als SP-JUSO-PSA-Fraktion finden wir dieses Anliegen wichtig. Wir müssen die Sicherheit aller Menschen achten. Es geht einerseits um jedes Menschenleben, andererseits ist das Bergen von Wasserleichen etwas vom Grässlichsten überhaupt. Wer hier aufwächst, kommt in den Genuss von Schwimmunterricht, und dies ist auch gut so. Deshalb ist es erstrebenswert, dass alle Leute mindestens einen Basisumgang mit Wasser erlernen, gerade hier, wo wir die Aare haben und im Sommer viel Zeit in deren Nähe verbringen. Uns ist es ebenfalls ein Anliegen, dass sich alle im Verkehr zurechtfinden können. Aus diesem Grund werden wir dieser Motion zustimmen, zumal Asylbewerberinnen und Asylbewerber eine sehr volatile Menschengruppe sind, für welche wir die Verantwortung haben.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Ich erlaube mir zu diesem Vorstoss eine persönliche Bemerkung zu machen. Einige in diesem Saal haben sich in der letzten Zeit darüber aufgeregt, dass landauf, landab und im Ausland Rechtspopulisten Vorschub erhalten. Viele Leute beschäftigt der Populismus auf der ganzen Welt. Sie stellen sich die Frage, weshalb es dazu kommt und was man dagegen tun kann. An diesem Vorstoss zeigt sich gerade exemplarisch, was passieren kann,

wenn man immer zu viel beziehungsweise nach dem kleinen Finger die ganze Hand will. So ehrenhaft die Forderungen dieses Vorstosses sind und so schön es wäre, könnten wir diese für alle umsetzen, nicht nur für Asylbewerber, sondern auch für Schweizerinnen und Schweizer, so absurd ist schlussendlich die Folge, welche daraus entstehen kann. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir diesen Vorstoss in der Form einer Motion überweisen, sehe ich schon die Schlagzeilen vom Folgetag in den Boulevardblättern vor mir: «Schweizerinnen und Schweizer und Familien aus der Schweiz müssen an der Kasse des Hallenbades bezahlen, Asylbewerber erhalten gratis Zutritt!» Es sind genau solche populistischen Grundlagen, welche sich durch Vorstösse wie diesen hier entwickeln können. Ich bitte doch auch die linke Seite, zukünftig bei Forderungen im Kantonsparlament im Hinterkopf zu haben, wodurch Populismus ausgelöst werden kann. Populismus kann nämlich genau durch die Überweisung eines solchen Vorstosses ausgelöst werden. Aus diesem Grund bitte ich Sie, diesen gemäss dem regierungsrätlichen Antrag nicht zu überweisen.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Es mag eigenartig sein, dass ausgerechnet eine Linke und dazu noch eine Sportlehrerin ihre Bedenken gegenüber diesem eigentlich sympathischen Vorstoss von Maria Iannino äussert. Ich sehe grosse Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Wir bringen es nicht einmal zustande, den obligatorischen Schwimmunterricht in der Schule umzusetzen, weil wir über zu wenige Bäder verfügen und zum Teil auch zu wenige ausgebildete Leute haben. Ich habe das Gefühl, dass wir hier etwas überborden. Der Zeitpunkt ist möglicherweise noch nicht gekommen und das zweite Argument besteht aus meiner Sicht darin, dass ein fliessendes Gewässer etwas völlig anderes ist als ein stehendes Gewässer. Die Frauen und auch die Männer müssten zuerst in einem normalen stehenden Becken schwimmen lernen. Damit ist man noch meilenweit davon entfernt, in einem fliessenden Gewässer schwimmen zu können. Dies heisst nicht, dass keine Angebote gemacht werden. Es gibt Gemeinde, welche attraktive Angebote für Schwimmunterricht und Velofahrunterricht machen und den Gesundheitsbereich anders abdecken, nämlich mit vielen sehr guten, sportlichen Angeboten. Im Moment sollte dies auf freiwilliger Basis erfolgen; sensibilisieren ja und Möglichkeiten suchen. Als Regierungsrats hätte ich wahrscheinlich vorgeschlagen, via Postulat zu überprüfen, was möglich ist. Dies ist aber nicht so aus der Antwort hervorgegangen. Als Sportlehrerin habe ich die Erfahrung gemacht, dass es oft schwierig ist, Frauen mit einem anderen kulturellen Hintergrund zum Wasser zu bewegen, weil sie nicht in geschlechtergemischten Bädern sein wollen. Dies sind viele Probleme, welche hier ein wenig verharmlost werden. Nichtsdestotrotz wäre es schön, Asylbewerbende könnten schwimmen lernen. Allerdings ist es utopisch zu denken, dass sich dies locker umsetzen lässt. Ich werde mich der Stimme enthalten. Dies ist ein persönliches Statement meinerseits.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Ich danke für die Diskussion sowie für die positive Aufnahme der Antwort der Regierung. Das ist einfach keine Staatsaufgabe! Deshalb haben wir unter den Ziffern dargestellt, welche Partner mit welchen Möglichkeiten bereits in diesem Bereich tätig sind, namentlich auch betreffend Ziffer 4. Es dürfte wohl nicht viele Länder geben, in welchen die Lebensrettungsgesellschaft in so vielen unterschiedlichen Sprachen auf die Gefahren des Wassers aufmerksam macht. In Frankreich geschieht dies nur auf Französisch. Ou bien on comprend oder man lässt es bleiben! Die Antwort der Regierung ist schlüssig und ich bitte Sie, gemäss dem Antrag der Regierung abzustimmen.

Präsident. Ich übergebe das Wort nochmals der Motionärin.

Maria Esther Iannino Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Ich wehre mich stark gegen das Votum von Samuel Leuenberger. Mein Vorstoss ist überhaupt nicht populistisch, und ich bin auch nicht mit der Regierung einverstanden beziehungsweise mit jenen, die gesagt haben, es handle sich nicht um eine Staatsaufgabe. Wir haben Staatsaufgaben. Durch die Schule besuchen auch Schweizerinnen und Schweizer Schwimm-, Velo- und Sportkurse, aber auch Migrantinnen und Migranten, welche nicht als Asylsuchende hier sind. Es geht um Leute, welche in die Schweiz kommen und unser System eigentlich neu kennenlernen. Diesen sollte ermöglicht werden, dass auch sie diese Kurse besuchen können. Es ist mir klar, dass Kurse angeboten werden. Darauf habe ich hingewiesen. Übrigens werden in der Stadt Bern auch Kurse nur für Frauen angeboten, weil – wie Andrea Zryd erwähnt hat – je nach Kultur gewisse Hemmungen, im Wasser zu sein, bestehen. Es trifft aber nicht zu, dass diese Möglichkeit nicht besteht.

Mit meinem Vorstoss wollte ich lediglich bewirken, dass alle Menschen, welche sich hier im Kanton

Bern aufhalten, die gleichen Chancen haben. Zudem sollte die Finanzierung nicht davon abhängig sein, in welcher Gemeinde man wohnt, da beispielsweise Kurse von der Stadt Thun und – wie erwähnt – von gewissen Kirchgemeinden finanziert werden.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung und stimmen ziffernweise ab. Wer Ziffer 1 als Motion annehmen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 26

Nein 96

Enthalten 17

Präsident. Sie haben Ziffer 1 abgelehnt. Wer Ziffer 2 als Motion annehmen möchte, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 28

Nein 99

Enthalten 14

Präsident. Sie haben Ziffer 2 abgelehnt. Wer Ziffer 3 als Motion annehmen möchte, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 3)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 29

Nein 97

Enthalten 15

Präsident. Sie haben Ziffer 3 abgelehnt. Wer Ziffer 4 der Motion annehmen will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 4)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 82

Nein 56

Enthalten 3

Präsident. Sie haben Ziffer 4 angenommen. Wir kommen zur Frage der Abschreibung. Wer Ziffer 4 zugleich abschreiben möchte, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 4; Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Abschreibung

Ja	125
Nein	14
Enthalten	2

Präsident. Sie haben Ziffer 4 abgeschrieben.